

Gemeinwohl und Globalisierung – Was geht uns der Weltmarkt an?

Roland Sturm

Von Seattle bis Genua wurde vielstimmig gefordert, Chancen und Gefahren der Globalisierung gegeneinander abzuwägen. Globalisierung sei nicht nur eine wirtschaftliche Herausforderung, sondern auch eine gesellschaftliche. So unterschiedlich erfahrene Temperamente wie der Schriftsteller Günter Grass oder der frühere Vorstandsvorsitzende von Daimler, Edzard Reuter, machten sich in der Wochenzeitung „Die Zeit“, um nur einen Ort zu nennen, Gedanken über die Folgen globaler Wirtschaftsmacht.¹

Bei allen dort und an anderen Stellen entwickelten Szenarien der Bedrohung für „die Demokratie“, „den Sozialstaat“ oder „die Wirtschaftsordnung“ durch Globalisierung bleiben konkretere Hinweise auf die tagespolitische Bedeutung solcher Szenarien aber meist aus. „Wahres Verantwortungsbewußtsein“, so Reuter im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, „richtet sich unverändert auf mehr als nur die materiellen Interessen der Geldgeber: Es richtet sich auf die Menschen, die von den Unternehmen abhängig sind. ... Den Rahmen für solche Verantwortung vorzugeben bleibt Aufgabe des Staates. Das ändert nichts an der Feststellung, daß niemand von uns eine Antwort darauf weiß, wie diese Aufgabe angesichts der Zwänge der Globalisierung im Detail gelöst werden kann.“

Diese Ratlosigkeit liegt nur in zweiter Linie an der vordergründigen Konzentration der praktisch-politischen Diskussion auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Viel wichtiger ist das politische Dilemma, das sich den Entscheidungsträgern stellt. Können sie es sich wirtschaftlich leisten, ihrer schleichenden politischen Entmachtung zu widersprechen? Und würden die Wähler ökonomische Nachteile für mehr demokratische Kontrolle über das Schicksal ihrer Gesellschaft eintauschen wollen?

Es ist leicht zu sagen und politisch erst recht angenehm zu vermuten, die Globalisierung sei kein Nullsummenspiel, im Endeffekt profitierten ja alle vom freien Welthandel. Die Aufgabe von Regierungen sei es deshalb, diesen gerade nicht zu behindern, sondern ihn zu ermöglichen, bzw. das eigene Land und in Europa auch die Europäische Union, in die Lage zu versetzen, auf dem Weltmarkt im ökonomi-

schen Wettbewerb zu bestehen. Rolf E. Breuer, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, lobte die in diesem Sinne disziplinierende Wirkung internationaler Finanzmärkte geradezu als Qualitätsgewinn für die Demokratie: „Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt, was Regierungen ständig unter einen erheblichen Erklärungsdruck setzt. Die Politik kann es sich daher nicht leisten, nur fallweise (kurz vor den Wahlen) an der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Insofern erzwingen offene Märkte im positiven Sinne einen Entscheidungsdruck hinsichtlich der Auswahl der wirtschaftspolitischen Ziele und Instrumente.“²

Die entscheidende Frage bleibt aber damit immer noch unbeantwortet, die nämlich lautet: Was kann, was soll Politik heute noch leisten? Gerade in Fragen der Wirtschaft hat sie sich vor allem rhetorisch schon immer weit vorgewagt, wenn sie beispielsweise seit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nach der ersten Ölpreiskrise 1973/74, also inzwischen schon ein Vierteljahrhundert lang, mit schöner Regelmäßigkeit propagierte, die Zahl der Arbeitslosen verringern zu können. Daß solche Versprechen nicht eingelöst werden, hat nicht zuletzt mit den begrenzten Einflußmöglichkeiten politischer Rahmensetzungen auf wirtschaftliche Abläufe zu tun, Einflußmöglichkeiten, die mit der zunehmenden Internationalisierung des Wirtschaftsgeschehens übrigens immer geringer geworden sind und weiter schrumpfen.

Politisches Engagement in Wirtschaftsfragen läßt sich aber ohnehin nicht alleine mit der „Schadensbegrenzung“ für Effekte von Wirtschaftstätigkeit überzeugend begründen. Schon die banal anmutende Feststellung, daß ein Schaden aufgetreten ist, bedarf selbst eines Maßstabes, der erkennen läßt, wann die wirtschaftliche Entwicklung aus dem Ruder läuft. Was aus der Sicht der einen ökonomischen Schule eine natürliche Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt ist, mag aus der Sicht einer anderen oder gar der von Arbeitslosigkeit Betroffenen ein sozialer Mißstand sein. Der Staat kommt bei der Begründung seiner Interventionen nicht darum herum, Marktversagen, also das Versagen des wirtschaftlichen Wettbewerbs, mit der Meßlatte des politisch zu definierenden Gemeinwohls zu messen. Nur wenn ein gewisses Bild der Gesellschaft, in der wir leben wollen, besteht, kann es als bedroht empfunden werden. Ein solches verbindliches Gesellschaftsmodell zu benennen, fällt zunehmend schwerer. Zum einen wegen der vieldiskutierten Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft und der damit verbundenen Pluralisierung von Werten und Lebensentwürfen und zum anderen wegen der offenen Frage, ob nationale Entwürfe gesellschaftlicher Sinngebung angesichts einer kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen (Menschenrechte) Universalisierung heute noch sinnvoll sind.

Hinzu kommt, daß vor einem Mißverständnis zu warnen ist, das sich in die Diskussion eingeschlichen hat. Der „Schurke“, wenn es einen geben sollte, ist nicht der Markt an sich. Marktprozesse spielen sich in gesellschaftlichen Kontexten ab, sie konstituieren diese nicht. Schon beim Erfinder des Begriffes „soziale Marktwirtschaft“, bei Alfred Müller-Armack, ist nachzulesen: „So sehr es notwendig ist, die marktwirtschaftliche Ordnung als ein zusammenhängendes Ganzes zu begreifen und zu sichern, so sehr ist es ebenfalls notwendig, sich des technischen und partiellen Charakters der Marktordnung bewusst zu werden. Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhäng-

nisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.“³

Die deutsche Sozialdemokratie äußert sich übrigens im Vergleich dazu heute geradezu „marktradikal“. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Uwe Jens, beispielsweise, wandte sich vehement gegen all jene, die im Rahmen der Globalisierungsdebatte dafür plädieren, die Dominanz der Politik über die Ökonomie wieder herzustellen: „Der Marktmechanismus“, so Jens, „soll angeblich nur Probleme lösen, die auf dem Markt entstehen. Von sozialer Gerechtigkeit, von Moral und der Umweltproblematik – wird gerne behauptet – versteht der Markt nichts. Aber selbst hieraus spricht ökonomische Unkenntnis. Auf einem Markt mit funktionierendem Wettbewerb sind all diese hehren Ziele leichter zu erreichen als auf einem monopolistischen Markt. Und wenn jemand auf die Idee kommen sollte, diese Probleme ausschließlich mit politischen Instrumenten gestalten zu wollen, gewissermaßen durch Befehl und Gehorsam, wird er rationale Lösungen eher verhindern.“⁴

Was auch bei diesem Lob der Effizienz von Märkten offen bleibt, ist die Positionierung dessen, was Gesellschaft ausmacht, der bereits erwähnte Konsens über Regeln des Zusammenlebens. Marktoptimisten wie Jens kümmern sich vor allem um das Problem der Bedrohung der weltweiten Marktwirtschaft aus sich selbst heraus. Mit einem funktionierenden internationalen Wettbewerbsrecht sollen weltweit Monopole, Kartelle und der Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch Unternehmen verhindert werden. Der Diskurs um gesellschaftliche Ziele wird ausgeblendet. Aber läßt sich dies tatsächlich durchhalten?

Zweifel sind erlaubt. Eine – ursprünglich von den französischen Sozialisten erfundene – Formel dafür, was die gegenwärtige Regierung nicht will, hat Siegmар Mosdorf, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie parat: „Marktwirtschaft ja, aber Marktgesellschaft: nein“. Was dies positiv gewendet sein soll, kann Mosdorf nicht abschließend sagen: „Dazu braucht unsere Gesellschaft eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte.“⁵ Ohne diese scheinen auch im Augenblick drängende Probleme, wie diejenigen der Neuorganisation der Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge, von der Strom-, Wasser- Gasversorgung bis hin zur Sozialpolitik, nicht befriedigend lösbar. Die Bundesregierung betont zwar: „Die Leistungen der Daseinsvorsorge haben... eine große Bedeutung im deutschen Gesellschaftsmodell.“⁶ Was dieses sein soll, bleibt aber offen (Die EU-Kommission spricht übrigens mit der gleichen Selbstverständlichkeit häufig von einem europäischen Sozialmodell).

Wäre die Klärung solcher gesamtgesellschaftlicher Zielvorgaben nicht ein Thema, das der gedanklichen Anstrengungen unserer Parteien und des intellektuellen Schweißes unserer Meisterdenker Wert wäre? Statt Sonntagsreden über die „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ auch, aber nicht nur in Wahlkämpfen, eine ehrliche Auseinandersetzung über Grenzen politischen Handels im doppelten Sinne: Zum einen was nicht mehr leistbar ist – das versucht die Sozialdemokratie über den positiver klingenden Umweg des „aktivierenden Staates“ zu vermitteln, der den Bürger in die Eigenverantwortung entläßt, konkret ihm in erster Linie mehr Kosten aufbürdet, ohne ihm damit automatisch mehr Freiheit zu geben (z.B. bei der Finanzierung der Sozialsysteme). Zum anderen aber auch eine politische Auseinandersetzung darüber, was wie unbedingt und unverzichtbar von staatlicher Seite gelei-

stet werden muß. Ohne Umschweife wäre also nach dem Kernbestand dessen zu fragen, was heute in Deutschland, aber auch für Deutschland immer wichtiger, was heute in Europa „Gemeinwohl“ ausmacht. Gibt es noch eine vorausschauende Staatlichkeit, die gesellschaftlichen Konsens jenseits des Reparaturbetriebes von Marktschäden zu pflegen in der Lage ist? Ist eine solche über gemeinsame Werte und historische Traditionen für Europa verbindlich?

Käme hier ein Diskurs zustande, so hätten wir wenigstens ansatzweise eine Chance im Sinne von Gemeinwohlüberlegungen, gemeinschaftsstiftende Orientierung angesichts der Herausforderungen der Globalisierung zu ermöglichen. Und selbst wenn der Diskurs eine Leerstelle ergeben sollte, haben wir ein Ergebnis, ja sogar ein durchaus dramatisches und problematisches: Der Weltmarkt siegt, und die Politik treibt in eine Sinnkrise.

Anmerkungen

- 1 Edzard Reuter: Ratlose Zauberlehrlinge, in: Die Zeit, 9.12.1999, S.3.
- 2 Rolf E. Breuer: Die fünfte Gewalt, in: Die Zeit, 27.4. 2000, S. 21f.
- 3 Alfred Müller-Armack: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i.Br. 1966, S. 106.
- 4 Uwe Jens: Gefahr für das „Soziale“ in der Marktwirtschaft, in: Frankfurter Rundschau, 17.1. 2001, S. 10.
- 5 Siegmur Mosdorf: Marktwirtschaft mit Adjektiv, in: Die Zeit, 28.6. 2001, S. 22.
- 6 Bundestagsdrucksache 14/6249, S. 3.